

Europas Migrationspolitik auf dem Weg in die totale Abschottung

Im Fahrtwasser der Corona-Pandemie hat der Abwehrdiskurs in der europäischen Migrationspolitik endgültig die Oberhand gewonnen. Die Folgen davon sind unabsehbar.

Exakt 11041 neu gestellte Asylgesuche verzeichnete das Staatssekretariat für Migration SEM für das Jahr 2020. Lediglich 6832 davon sind sogenannte Primärgesuche – wurden also von Personen gestellt, die erstmalig und eigenständig in die Schweiz geflüchtet sind. Eine bemerkenswert niedrige Zahl. Gar die niedrigste Zahl an Primärgesuchen überhaupt, seit die Schweiz statistische Daten im Asylbereich erhebt.

2020 war das Jahr der Pandemie. Lockdowns und Einschränkungen der Bewegungs- und Reisefreiheiten prägten weltweit das Leben. Es scheint also klar, dass sich diese Einschränkungen auch auf die weltweiten Flüchtlingsbewegungen auswirkten und infolgedessen die rückläufigen Asylgesuchszahlen Erklärung finden. Doch so einfach ist es nicht. Ende 2020 war die Zahl von Menschen, die weltweit auf der Flucht waren, im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent auf 82.4 Mio. Personen angestiegen. Die Gleichung, dass wegen Corona halt weniger Menschen flüchten konnten, geht also nicht auf. Gleichwohl lässt sich



Foto: Juan Medina

beobachten, dass die Zahl der im gesamten Schengen/Dublin-Raum gestellten Asylgesuche im zweiten und dritten Quartal 2020 um mehr als die Hälfte zurückging. Die EU verzeichnete deshalb 2020 rund 33% weniger Asylgesuche als im Vorjahr (471300 statt 698800).

In erster Linie ist also nicht die Pandemie dafür verantwortlich, dass die Flucht nach Europa, die so viele Menschen notgedrungen antreten, anno 2020 schwieriger zu realisieren war. Dennoch spielte das Virus den europäischen Abschotter:innen in die Karten, indem es eine neue Grundlage

für deren Bestrebungen nach immer mehr Kontrolle, Überwachung und Migrationsverhinderung schuf. Diese Bestrebungen sind beileibe nicht neu, doch viele «Ideen» erhielten angesichts der Pandemie nicht nur Rückenwind, sondern in der konkreten Umsetzung

erstmalig grünes Licht. Dabei reden wir von der technologischen und monetären Aufrüstung der Grenzschutzagentur Frontex, die in ihrem Auftritt immer mehr einer (para)militärischen Organisation ähnelt; von der «Pushback»-Praxis in den Staaten

und Gewässern an der europäischen «Peripherie» oder auch von wegweisenden Abkommen und Gesetzespaketen, deren Umsetzung zeitnah droht und neue Grundlagen für eine europäische Asylpolitik schafft, die territorial betrachtet nicht mehr auf europäischem Boden stattfindet. Man darf deshalb mit Fug und Recht behaupten, dass die europäische Migrationspolitik aktuell an einem Scheidepunkt steht.

Mit dieser Ausgabe unserer Flora12 wagen wir deshalb den Versuch einer kompakten Übersicht, die dabei helfen soll zu begreifen, wie und weshalb sich die europäische Migrationspolitik primär als Bollwerk versteht.

(cas)

«Man muss konstatieren, dass die europäische Migrationspolitik aktuell an einem Scheidepunkt steht.»

«Europe is lost»

Seiten 2 - 6

Das Versagen der europäischen Migrationspolitik

Seiten 7 - 11

Neue Herausforderungen für die FPA

Seite 12

«Europe is lost»

Auf der Suche nach einer europäischen Asylpolitik

Es gibt wohl kein anderes Politikfeld, welches die totalitären, militaristischen und menschenverachtenden Tendenzen der Europäischen Union – die Schweiz eingeschlossen – deutlicher zum Ausdruck bringt, als ihre Asyl- und Grenzpolitik. Ein Blick in die nahe Zukunft des europäischen «Border-Industrial-Complex».

Auf dem Twitteraccount der Initiative «Seebrücke» wurde die EU-Grenzpolitik im Mai dieses Jahres wie folgt zusammengefasst: «Italien lässt Menschen ertrinken. Griechenland setzt sie auf Rettungsinseln aus. Kroatien verprügelt sie. Spanien schmeisst sie ins Wasser. Und Deutschland freut sich über jeden Menschen, der es nicht schafft.» Diese traurige Bilanz zu Europas Umgang mit Geflüchteten, macht deutlich, dass wir auf europäischer Ebene unvorstellbar weit entfernt sind von einer menschenfreundlichen Grenz- und Asylpolitik. Die Rolle der Schweiz unterscheidet sich hierbei nicht von jener der EU-Mitgliedstaaten: Als Teil des Dublin-Abkommens ist die Schweiz mitverantwortlich für die europäische Grenz- und Asylpolitik. Und genau wie alle anderen Beteiligten dieses Abkommens, verweist auch sie stets auf eine dringend benötigte «europäische Lösung», wenn etwa von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Stadtregierungen die Aufnahme von Geflüchteten aus dem Geflüchtetenlager in Moria gefordert wird.

Wo bleibt sie also, die «europäische Lösung»? Das Dubliner Übereinkommen und die darauffolgenden Verordnungen Dublin-II und -III gelten nach jahrelangen Reformversuchen als faktisch gescheitert. Der Deal, den die Europäische Union mit der Türkei 2016 abgeschlossen hat, um die Fluchtroute über den Balkan und über die Griechischen Inseln zu blockieren, liegt seit Beginn der Pandemie auf Eis. Verhandlungen über ein Folgeabkommen finden nicht statt. Zugleich wurde im

vergangenen September von der EU-Kommission ein «New Pact» vorgestellt und das Budget von Frontex im laufenden Jahr nahezu verdoppelt. Was lässt sich über die zukünftigen Pläne der EU im Bereich von Asyl- und Grenzpolitik sagen?

«New Pact 2020»

Als im September des vergangenen Jahres der neue EU-Migrationspakt von der EU-Kommission präsentiert wurde, waren die Bilder des abgebrannten Flüchtlingscamps Moria omnipräsent. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die EU-Kommissarin für Migration, Ylva Johansson, ihre Präsentation mit dem Versprechen eröffnete, dass es kein neues Moria mehr geben werde. Was folgte, war genau das Gegenteil: Die Schweiz, sowie die meisten anderen europäischen Staaten weigerten sich, die Opfer des Brandes aufzunehmen. Das verwüstete Zeltlager wurde wieder aufgebaut, und die neuen Zelte standen nach kurzer Zeit aufgrund des winterlichen Regens unter Wasser. Seit einigen Wochen hat die Griechische Regierung damit begonnen, drei Meter hohe Mauern um seine 37 Flüchtlingslager zu bauen, finanziert durch die EU-Kommission. Das Beispiel zeigt in aller Deutlichkeit, wie sehr die europäische Grenz- und Asylpolitik von einem Paradigma der demonstrativen Härte bestimmt wird.

Und so ist auch der neue Migrationspakt, der das gemeinsame Europäische Asylsystem reformieren soll, als ein Produkt der Uneinigkeit der EU-Mitglie-

derstaaten zu verstehen. Das neue Abkommen versucht, die Bedürfnisse aller Staaten miteinzubeziehen: Während die Staaten an den EU-Aussengrenzen eine höhere Unterstützung der EU-Binnenstaaten fordern, legen letztere vor allem Wert auf die reibungslose Rückführung von Geflüchteten in die unmittelbaren Ankunftsstaaten. Diese Interessen, lassen sich jedoch nur schwerlich verbinden. Somit bleibt nur ein gemeinsamer Nenner: Den Schutz der EU-Aussengrenzen ausbauen.

Moria macht Schule

Die Strategie der Vorverlagerung der Europäischen Aussengrenzen in sogenannte Hotspots – wie sie bereits auf griechischen Inseln, in der Türkei, Mauretanien und Tunesien seit Jahren existieren – bildet das Kernelement des neuen Pakts. In Lagern, die sich ausserhalb europäischem Bodens und damit europäischen Rechts befinden, sollen Asylsuchende festgehalten und einem «Grenzverfahren» unterzogen werden. Durch diese Vorselektion soll der Zugang zu einem regulären Asylverfahren massiv eingeschränkt werden. Bei einer umfassenden Identitätsprüfung sollen Personen, die aus einem sicheren Drittstaat kommen, ohne Prüfung der eigentlichen Fluchtgründe abgeschoben werden können. Ebenfalls nicht zum regulären Asylverfahren zugelassen werden sollen Personen, die aus Ländern mit einer Anerkennungsquote unter 20% kommen. Sie sollen ein sogenanntes border procedure – im Sinne eines dreimonatigen Schnellverfahrens – durch-

laufen. All diese Massnahmen sind sowohl nach europäischem Recht wie auch nach europäischer Menschenrechtskonvention extrem umstritten.

Personen, die gemäss Identitätsprüfung aus einem Kriegs- oder Konfliktgebiet stammen, sollen ein reguläres Asylverfahren erhalten, das bis zu 12 Wochen dauern kann. In dieser Zeit, werden die Personen in Lagern in wohl zumeist abgelegenen, abgegrenzten Gebieten untergebracht. An Orten also, an welchen zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Rechtsberatungsstellen nur schwer Zugang haben werden. Bereits jetzt dürfte klar, sein, dass sich die Verfahren niemals im besagten Zeitraum bewerkstelligen lassen und sich folglich das Leben in diesen Camps – wie bereits in Moria – auf unbestimmte Zeit hinziehen wird.

Eine Verbesserung ihrer Situation durch den «New Pact» können Menschen auf der Flucht höchstens hinsichtlich ihrer Zuweisung auf die europäischen Staaten erwarten: Wurde einer Person Asyl gewährt, sollen bestehende familiäre Verbindungen – anders als heute – berücksichtigt werden. Ebenso sieht der neue Pakt ein

«Pushback Monitoring» vor, das illegalen Zurückweisung sowie gewaltvollen Übergriffen durch Grenzpolizei und Küstenwachen entgegenwirken soll. Angesichts der weiter unten geschilderten Entwicklungen bei der Grenzschutzagentur Frontex sind jedoch grosse Zweifel angebracht, ob dieses Monitoring tatsächlich irgendwelche positiven Effekte erzielen kann.

Mit Pakt, ohne Pakt – Hauptsache es geht schnell

Aktuell zeichnet sich indes eher der Trend ab, dass viele EU-Staaten gar nicht erst auf die Verabschiedung des neuen Migrationspakts warten wollen. Bereits jetzt und ohne europäischen Gesamtplan übernehmen die Staaten Teilelemente des Pakts oder greifen auf ganz eigene Strategien zurück. Die griechische Regierung etwa setzt auf Schallkanonen um Flüchtlinge zurückzudrängen und richtet Haftlager an der griechischen Aussengrenze ein um die Gesuchstellung von Geflüchteten zu verhindern. Dänemark lagert seine Asylverfahren aus denselben Gründen auf seine Inseln aus. Andere EU-Staaten setzen ganze Länder oder Regionen auf die Liste

der «sicheren Drittstaaten» oder «sicheren Rückkehrregionen» obwohl es sich dabei um Regionen handelt, die von autokratischen Regimen regiert werden oder in denen Krieg herrscht. Auch die Schweiz nutzt alle erdenklichen Spielräume um sich aus der Verantwortung zu ziehen.

Die Rolle der Schweiz

Mit dem im Juni 2021 verabschiedeten Verpflichtungskredit für die «internationale Zusammenarbeit im Migrations- und Rückkehrbereich» in Höhe von 76 Millionen CHF möchte der Bundesrat die Arbeit im Bereich der sog. «Rückkehrhilfe» weiter intensivieren. Der in diesem Jahr ausgelaufene Kredit hat in den vergangenen zehn Jahren Projekte in Ländern finanziert, in denen eine besonders hohe Zahl an Geflüchteten lebt, etwa in Äthiopien, Serbien und Bosnien. Ein Teil der oftmals von der EU oder Frontex initiierten Projekte setzen darauf, die Technologien zur Kontrolle (etwa durch die Erfassung von biometrischen Daten) von Geflüchteten in Bosnien zu verbessern, damit sich jene nicht auf den Weg nach Europa machen. Zuweilen werden auch Bildungsprojekte (Eritrea) unter-



Foto: Matteo Placucci

te (Eritrea) unternehmerische Aktivitäten (Äthiopien) oder Housing-Projekte (Bosnien) Unterstützt. Oft sind diese Projekte aber lediglich Verhandlungsmasse im diplomatischen Tauziehen um neue Rücknahmeabkommen mit Herkunfts- oder Transitländern. Manchmal ist in den Projektzielen vom «Schutz der Rechte von Geflüchteten» die Rede oder vom «Capacity-Building», manchmal vom «Schutz gegen Terrorismus». Zuerst geht es aber darum, die Situation an der EU-Aussengrenze zu stabilisieren und darauf hinzuarbeiten, dass Geflüchtete dort bleiben, wie etwa in Lagern in Libanon oder Äthiopien. Eine Tatsache, die im Evaluationsbericht der letzten Projektphase ohne grosse Umschweife zugegeben wird. Aber das sollte wohl nicht mehr verwundern, denn wie bereits erwähnt liegt der kleinste und vermutlich einzige gemeinsame Nenner der europäischen Staaten im Hinblick auf eine europäische Flüchtlingspolitik bei der «Migrationsabwehr». Ausdruck davon ist auch die wachsende Bedeutung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex.

Frontex' grosser Aufstieg

Sollte es bereits ein Weilchen zurückliegen, dass Sie sich mit Frontex beschäftigt haben, so sollten Sie sich die Facebook-Seite der bald grössten Europäischen Agentur zu Gemüte führen. Hier finden sich unzählige Fotos von stolz posierenden Sicherheitsbeamten mit Greifhandschuhen, deutschen Schäferhunden und brandneuen Geländewagen vor einem Sonnenuntergang. Hier wird über europäische Solidarität, ein starkes Europa und eine wunderbare Zukunft fabuliert; kürzlich sollten bei einem betriebsinternen Fotowettbewerb die schönsten Fotos aus vergangenen Grenzschutzmissionen gekürt werden. Das Selbstbewusstsein und die Begeisterung, mit welcher uniformierte Grenzschutzbe-

amate ihre moralisch fragwürdige Arbeit zelebrieren, ist verstörend, macht aber angesichts des gloriosen Aufstiegs der Agentur durchaus Sinn: Frontex hat sich innerhalb von 16 Jahren von einer zusammengewürfelten Grenzschutzagentur mit beschränktem Aufgabengebiet zu einem riesigen Giganten entwickelt, der seine ureigenen Pläne verfolgt. Dabei spiel-

«Italien lässt Menschen ertrinken. Griechenland setzt sie auf Rettungsinseln aus. Kroatien verprügelt sie. Spanien schmeisst sie ins Wasser. Und Deutschland freut sich über jeden Menschen, der es nicht schafft.»

te Frontex seit dem Sommer 2015 jenes Narrativ entscheidend in die Hände, nach welchem die illegale Migration zum zentralen Sicherheitsrisiko für Europa erklärt wurde. Der aufflammende Grenzsicherheitsdiskurs ermöglichte Frontex Migrationskontrolle, Verbrechensbekämpfung und Terrorismusabwehr in einem Atemzug zu nennen und in ihrer strategischen Ausrichtung als gleichwertige, scheinbar logisch

miteinander verbundene Ziele zu etablieren. 2018 hat die Europäische Kommission die komplette Neugestaltung von Frontex beschlossen und damit die bereits eingeschlagene Stossrichtung unterstrichen: Das jährliche Budget von Frontex soll bis 2027 vervielfacht werden – von ca. 100 Mio. auf unglaubliche 5.6 Mia. pro Jahr. Da das Mandat der Agentur ausgeweitet wurde, soll Frontex eine ständige Reserve von 10'000 Einsatzkräften erhalten. Dabei liegt die Befehlsgewalt seit diesem Jahr bei Frontex selber, das heisst: Frontex trägt neu die Verantwortung für die Missionen, soll eine eigene Ausrüstung erhalten, eigene Schiffe, Fahrzeuge, Flugzeuge, Drohnen erwerben und leasen können.

Hierbei stellt sich natürlich unmittelbar die Frage: Wer kontrolliert diese neue europäische Grenzschutzarmee und wie kann Frontex zukünftig noch für Menschenrechtsverletzungen belangt werden? Denn sowohl die EU als auch Frontex unterliegen nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarats. Früher konnten Menschenrechtsverletzungen jeweils in jenen Staaten zur Anklage gebracht werden, von welchen die Missionen geleitet wurden. Mit der Unabhängigkeit von Frontex bleibt völlig unklar, wo eine solche Anklage eingehen soll. Vor dem europäischen Gerichtshof? Vor nationalen Gerichten? Oder den polnischen Gerichten, da Frontex ihren Hauptsitz in Warschau hat? Angesichts der unzähligen Menschenrechtsverletzungen bei illegalen Pushbacks auf Land und Wasser, sowie der bereits angelaufenen Rekrutierung eigener, vermutlich bald mit Handfeuerwaffen ausgerüsteter Einsatzkräfte, bleibt das eine zentrale, jedoch völlig ungeklärte Frage. Fest steht: Von den 40 Grundrechtsbeobachter die Frontex nach dem neuen Mandat bis Ende 2020 ausgebildet haben sollte, wurde bisher kein einziger ausgebil-

«RückführungsPatenschaften»

In den jahrelangen Diskussionen um das Dublin-Verfahren wurde immer wieder eine Verteilquote von Geflüchteten in Europa diskutiert. Diese sollte, so die Idee, den Druck von den Grenzländern nehmen und eine «solidarische» Verteilung von Asylgesuchen in Europa garantieren. Nachdem sich Ungarn, Bulgarien, Tschechien und die Slowakei bis zum Schluss gegen die Einführung der Quote gewehrt haben ist im neuen Migrationspakt nun keine Rede mehr davon. Der Ansatz ist nun ein anderer: Die Ausschaffung der im Grenzverfahren aussortierten Personen, soll nicht mehr wie bisher über die Mitgliedsstaaten, sondern direkt durch Frontex vollzogen werden. Dabei können jedoch jene Mitgliedstaaten, die nicht bereit sind geflüchtete aufzunehmen, eine sogenannte «RückführungsPatenschaft» übernehmen. Der Begriff, der insbesondere vom Österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz und anderen rechten Politiker*innen geprägt wurde, verbindet auf perfide Weise, die Idee einer solidarischen Hilfeleistung, mit der möglichst effizienten, verfahrenslosen Ausschaffung von



«Tyranno Frontex stirb aus!» Leider ist der Saurier bloss mutiert und nicht, wie Aktivist*innen des Atopie-festivals 2015 forderten, ausgestorben.

det. Gespräche mit Schusswaffenherstellern wurden jedoch schon geführt und dies, obwohl Frontex bisher überhaupt keine Befugnisse zur Verwendung und Lagerung solcher Gerätschaften besitzt.

Auf Basis dieser Entwicklungen dürfte deutlich werden, dass es Frontex schon längst nicht mehr nur um die Unterstützung von EU-Staaten bei der Sicherung ihrer Aussengrenzen geht. In Europa hat sich eine mächtige Fraktion, bestehend aus rechten Parteien, Lobbyist:innen sowie Technologie- und Waffenunternehmen erfolgreich gegen die Einwände von Menschenrechtsorganisationen und Vertreter:innen einer menschenfreundlichen Migrationspolitik durchgesetzt. Und einen hoch profitablen Wirtschaftsbereich geschaffen, der um Aufträge im Grenzschutzbereich sowie um EU-Fördergelder für Forschung, Entwicklung, Ausrüstung mit Überwachungs- und sogenannten Sicherheitstechnologien konkurriert. Dieser spezifische Markt wurde von einer Recherchegruppe der Plattform «Fragdenstaat», welche zum Jahresbeginn unter dem Namen «Frontex-Files» die widerrechtlichen Lobbyingaktivitäten von Frontex aufgedeckt hat, als «Border-Industrial-complex» bezeichnet. Frontex spielt bei der Umverteilung von EU-Geldern an dieses Konglomerat von Rüstungs-, Überwachungs-, Luft- und Raumfahrt- sowie Biometrieunternehmen die Rolle des Türöffners.

Gigantische Technologie-Investitionen

Horizon 2020 ist das wichtigste Programm der EU, das von 2014 bis 2020 fast 80 Mrd. € an Fördergeldern ausgeschüttet hat. 1,7 Milli-

arden Euro aus dem Programm flossen davon in die Entwicklung von Sicherheitsprodukten für Polizeikräfte und Grenzschutzbehörden im öffentlichen und privaten Sektor. Vieles davon beinhaltet die Entwicklung neuer Technologien: Neuartige Satellitenüberwachungsverfahren, künstliche Intelligenz, unbemannte Drohnen und Augmented Reality sowie Gesichts-, Stimm-, Venen- und Iriserkennung und andere Formen der Biometrie, die zur Überwachung eingesetzt werden könnten. Ein zusätzliches Budget von mindestens 8 Mrd. € floss in die Forschung und Entwicklung von Militärtechnologien. Mit dem Folgeprojekt Horizon Europe, das 2019 verabschiedet wurde, sollen weitere Milliarden in diese Bereiche fließen.

Grosse Profiteurin dieser Programme ist die Privatwirtschaft: Seit 2007 haben private Unternehmen 42% der 2,7 Milliarden Euro erhalten, die durch das Sicherheitsforschungsprogramm verteilt wurden. Sie waren auch der federführende Partner in fast der Hälfte der 714 geförderten Projekte. Andere Teilnehmer wie Forschungsinstitute und öffentliche Einrichtungen hinken weit hinterher. Die unüberschaubare Zahl an EU-Projekten in den Bereichen Grenzschutz, Sicherheit, Terrorbekämpfung und Überwachung unterliegen kaum der demokratischen Kontrolle – nach eigenen Angaben aus Sicherheitsgründen. In der geschlossenen Projektvergabe-kommission sitzen neben Vertreter:innen aus Politik, Industrie, Wissenschaft und Militär zwar auch Ethik-Expert:innen, diese haben aber, wie die Zeitung The Guardian in einem Artikel aufzeigt, wenig Einfluss auf die Projektauswahl. Hinzu kommt, dass die vorgestellten Projekte wie etwa das Projekt «Ro-

border», das die automatische Überwachung und biometrische Erkennung von Personen vorsieht, von vornherein unethisch sind, da eine automatisierte biometrische Überwachung kein Einverständnis der überwachten Person einholen wird.

Neben der Vergabe von EU-Forschungsgeldern an ethisch fragwürdige Projekte vergibt Frontex im grossen Stil Aufträge an europäische Unternehmen: So lässt sich Frontex für jährlich 25 Mio € von der Firma Airbus ihre Drohnen steuern und für 150 Mio. € Flugzeuge für Überwachungsflüge chartern. Des Weiteren werden in Zukunft enorme Beträge für Ausrüstung und Bewaffnung an Unternehmen an Rüstungskonzerne gesprochen. Mit der Budgeterweiterung von Frontex wird sich diese gigantische Umverteilung von EU-Geldern an private Unternehmen vermutlich komplett der öffentlichen Kontrolle entziehen. Frontex, der bald grössten europäischen Agentur, werden unglaubliche Freiheiten eingeräumt und selbst die Tatsache, dass der Frontex Chef Fabrice Leggeri regelmässig neuer Lügen überführt wird, vermag daran wenig zu ändern.

Aber der weitaus grösste ethische Wi-

derspruch, der aus diesen Aufrüstungsprozessen erwächst, steckt in der Frage, wofür die entwickelten Technologien eingesetzt werden und wofür gerade nicht: Das Mittelmeer gilt schon jetzt als das bestüberwachtete Meer der Welt. Somit bleibt völlig unverständlich, warum überhaupt noch Menschen ertrinken müssen? Je besser das Überwachungssystem ausgebaut wird, desto willentlicher lässt die EU Menschen an der Grenze krepieren. Das ist die erschreckende Konsequenz aus dieser Entwicklung und zugleich die faschistoide Dimension dieser technologischen Dystopie.

Und zuletzt gilt es anzumerken, dass technologische Innovationen nie für nur einen Bereich entwickelt werden. Die Übertragung von biometrischen Überwachungstechnologien bietet gerade für autoritäre Staaten wunderbare Möglichkeiten, die Bevölkerung zu kontrollieren und auszuspähen. Dies hat sich z.B. der polnische Staat während der Coronakrise in Bezug auf die Kontrolle der Quarantäne-Regelung zunutze gemacht und über biometrische Gesichtserkennung und Geotracking die Einhaltung derselben überprüft. Die Frage, wo und in welchem Rahmen welche

Technologien zum Einsatz kommen dürfen wurde im EU-Parlament jedoch zuvor noch gar nicht geführt. Die Frontex-Projekte schaffen im Bereich der repressiven Migrationskontrolle neue Fakten, wobei ein gesellschaftliche Auseinandersetzung umgangen wird. Es lohnt sich somit aus ganz verschiedenen Gründen, diesen Prozess genau zu beobachten, da seine Konsequenzen uns allen früher oder später auf die Füsse fallen werden.

(mb)

QUELLEN

Neuer Migrationspakt

- https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/PRO-ASYL_New-Pact_Uebersicht-problematischsten-Aspekte.pdf
- <https://www.statewatch.org/analyses/2021/eu-moves-ahead-with-plans-to-use-visa-policy-as-leverage-to-increase-deportations>

Die Rolle der Schweiz

- Verpflichtungskredit für die internationale Migrationszusammenarbeit: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-83820.html>

Aktuelle Informationen zu Frontex

- <https://netzpolitik.org/tag/frontex>
- <https://www.theguardian.com/world/2020/dec/10/sci-fi-surveillance-europes-secretive-push-into-biometric-technology>

Border-Industrial-Complex

- <https://corporateeurope.org/en/lobbying-fortress-europe> <https://corporateeurope.org/en/2021/02/eu-watchdog-radio-episode-17>

«Roborder»

Das Projekt Roborder erforscht, wie Flugdrohnen gemeinsam mit unbemannten Systemen an Land, über und unter Wasser operieren können. Dabei wird versucht vorherzusehen, wo ein illegaler Grenzübertritt passieren könnte. Das Projekt Roborder hat eine Software entwickelt, die per Satellitenüberwachung des Grenzraums Unregelmässigkeiten feststellen kann. Um diese zu überprüfen können bei Bedarf automatisch Schwärme von Überwachungsdrohnen, mobilen Robotern oder Wasser-, Unterwasser- und Bodenfahrzeugen losgeschickt werden. Die Satellitenbilder werden von der European Space Agency ESA und von der Firma Airbus (Copernicus program) zur Verfügung gestellt. Dank des neuen Spacedata Highways von Airbus können quasi in Echtzeit Bilder des Grenzraums übermittelt werden. Der Einsatz von unbemannten autonomen Systemen zur Grenzsicherung birgt natürlich immer das Potential, dass die Roboter nicht nur mit Sensoren, sondern auch mit selbstschiessenden Waffensystemen ausgestattet werden, wie das bspw. bereits das bulgarische Staatsunternehmen Prono vorgeschlagen hat.



Foto: Matteo Placucci

Das Versagen der europäischen Migrationspolitik

Die europäische Migrationspolitik ist geprägt von Abschreckung und Abschottung. Zum Leid der Schutzsuchenden lagert Europa seine Aussengrenzen und damit seine Verantwortung immer weiter aus. Ein Blick auf die Entwicklungen der letzten Jahre und weshalb die europäische Abschottungspolitik weder gerecht ist, noch funktioniert.

A Das griechische Flüchtlingslager Moria ist zum Symbol der europäischen Migrationspolitik geworden. Ein Symbol des kollektiven Versagens. Menschenrechte, Solidarität, Transparenz und Freiheit – diese «europäischen Werte» werden seit Jahren systematisch untergraben. Doch trotz des grossen Handlungsbedarfes können sich die Mitgliedstaaten nur auf eines einigen: strengere Abwehrregimes an den europäischen Aussengrenzen. Möglichst viele Migrant:innen davon abhalten, in Europa Zuflucht zu suchen, so lautet das Mantra. Aus den Statistiken wird ersichtlich, dass Europa in diesem Unterfangen

ziemlich erfolgreich ist: denn obschon die Zahl der weltweiten Fluchtbewegungen das neunte Jahr in Folge gestiegen ist, haben die Zahlen der Asylgesuchstellungen kontinuierlich abgenommen.

Dies wird bisweilen als Erfolg gewertet, ganz als ob die europäische Abschottungspolitik bewirke, dass es weniger Flüchtlinge gäbe. Dabei sind die Flüchtenden, wenn sie nicht auf einer der lebensbedrohlichen Fluchtrouten ums Leben gekommen sind, lediglich anderswo gestrandet: etwa in libyschen Flüchtlingslagern, in denen Missbrauch, Folter und Zwangsarbeit gang und gäbe sind; an der türkischen Grenze im syrischen Kriegsgebiet oder an den Zäunen spanischer Exklaven in Nordafrika. Jene, die es dennoch bis nach Europa schaffen, müssen in den EU-Grenzstaaten in menschenunwürdigen Verhältnissen ausharren. Die europäische Migrationspolitik verursacht bereits seit Jahren enormes menschliches Leid. Die Schweiz ist durch die Assoziierung an Schengen und Dublin fest in das Gefüge der europäischen Grenz- und Migrationspolitik eingebunden und trägt damit eine Mitverantwortung.

Abwälzen der Verantwortung auf die EU-Aussenstaaten

Die Unzulänglichkeiten des europäischen Asylsystems sind seit Jahren bekannt. Spätestens 2015, als mehr als eine Million Menschen nach Europa geflüchtet sind, hat sich gezeigt, dass das Dublin-System – ein Grundpfeiler der europäischen Migrationspolitik – gescheitert ist. Das Dublin-System bestimmt, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylgesuchs zuständig ist und basiert auf dem Verursacherprinzip. Dadurch zwingt es Asylsuchende, in jenem Mitgliedstaat zu bleiben, in welchem sie

«Für die meisten Schutzsuchenden in der Türkei gilt die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht: Die Türkei hat sich lediglich verpflichtet, die Genfer Flüchtlingskonvention auf europäische Flüchtlinge anzuwenden.»

erstmalig das europäische Territorium betreten haben.

Dies führt zu einer äusserst ungleichen Aufteilung der Verantwortung innerhalb Europas und ist damit nicht nur gegenüber den Mitgliedstaaten, sondern auch gegenüber den Asylsuchenden in hohem Masse ungerecht. Die Folgen sind bekannt: Die Dublin-Staaten an der Schengen-Aussengrenzen (insbesondere Griechenland und Italien) sind massiv überlastet. Die ungleiche Lastenteilung führt auch zum Boykott des Systems durch die überforderten EU-Aussenstaaten. Die Leidtragenden sind die Flüchtenden, die sich ohnehin bereits in einer vulnerablen Situation befinden. Dabei stranden sie unter unmenschlichen Bedingungen in restlos überfüllten Lagern und müssen jahrelang auf ihr Asylverfahren warten. Die humanitäre Katastrophe in Griechenland ist eine direkte Folge dieses Regimes.

Trotz der prekären Lage konnten sich die Mitgliedstaaten bis heute nicht auf ein funktionierendes und solidarisches Asylsystem einigen und treiben stattdessen die Politik der Abschottung weiter voran. Die jahrelang andauernden Verhandlungen zur Reform der Dublin-III-Verordnung scheiterten vor allem an der Frage nach einer möglichen Umverteilung ankommender Flüchtlinge in andere Mitgliedstaaten.

Abschottung um jeden Preis

Die spanischen Exklaven Melilla und Ceuta auf dem marokkanischen Festland sind umgeben von schwer gesicherten Grenzzäunen und gleichen einer Festung. Griechenland und Bulgarien haben zur türkischen Grenze kilometerlange Zaunanlagen erbaut und auch die Länder entlang der Balkanroute wie Mazedonien, Serbien und Ungarn haben ihre Aussengrenzen mit Zäunen verriegelt. Der Bau von Mau-

«iBorderCtrl»

Ab 2023 erhält der EU-Raum ein neues «Ein-/Ausreisensystem» (EES), das auch von Reisenden aus visafreien Staaten die Abgabe von Gesichtsbild und Fingerabdrücken verlangt. Damit dürften sich die Kontrollverfahren an den EU-Aussengrenzen deutlich verzögern. Diesem Problem widmet sich das Projekt iBorderCtrl. Hierbei geht es um die biometrische Gesichtserkennung bei der Einreise in den EU-Raum. Ähnlich wie in den USA müssen sich alle Drittstaatsangehörigen vorgängig anmelden, wenn sie in die EU einreisen wollen. Ein virtueller Grenzbeamter stellt im Anmeldeverfahren fünfzehn Fragen, beobachtet dabei über eine Webcam die Mimik der Person und überprüft, ob die Mimik zum gesagten «passt». Sollte eine Person der Lüge verdächtigt werden, dann muss sie sich bei der Einreise einer genaueren Personenkontrolle unterziehen lassen. Das Konsortium, das hinter der iBorderCtrl-Lügendetektor-Technologie steht, erhielt 4,5 Millionen Euro aus dem Sicherheitsportfolio von Horizon 2020 und verbrachte die drei Jahre bis August 2019 damit, sie zu entwickeln und zu testen. Der Markt, der hier entsteht liegt auf der Hand: alle Flug- und Schifffhäfen Europas werden solche Technik brauchen für die Einlesung biometrischer Daten. Zugleich fördert die EU (und im Besonderen auch die Schweiz) Projekte, welche den Aufbau von biometrischen Datenbanken in den Herkunftsländern fördern sollen.

ern und Grenzzäunen erlebt in Europa seit 2015 wieder eine Hochkonjunktur. Die EU sperrte seither möglichst alle Wege, auf denen Schutzsuchende in Sicherheit nach Europa gelangen und Asyl beantragen könnten. Viel Geld fließt auch in die Forschung und Überwachungstechnik. Bis 2020 investierte die EU hunderte Millionen Euro in das Projekt «EUROSUR», einem paneuropäischen Grenzüberwachungsnetzwerk. Damit überwacht die EU ihre Aussengrenzen im Mittelmeer mittels Satelliten aus dem Weltall, Drohnen und Sensoren. Errichtet wurde das Überwachungsnetzwerk von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Frontex ist ein zentraler Akteur des EU-Grenzregimes und hat seit seiner Gründung im Jahr 2005 einen massiven Zuwachs an Personal, Budget und Befugnissen erfahren.

Doch es bleibt nicht alleine bei der Überwachung und Stärkung der Grenzen. Werden Flüchtende – meist unmittelbar nach Grenzübertritt – kollektiv zurückgeschoben, ohne die Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen oder deren Rechtmässigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen, liegt ein gegen das Völkerrecht verstossender Pushback vor. Dass es an den EU-Aussengrenzen eine Vielzahl solcher illegalen Zurückweisungen gegeben hat, ist belegt. Es gibt Aufnahmen, die dokumentieren, wie Flüchtende an der Grenze teilweise gewaltsam zurückgeschickt wurden oder wie die griechische Küstenwache im Ägäischen Meer Flüchtlingsboote stoppte, bevor sie die griechischen Inseln erreichten und sie wieder an die türkisch-griechische Seegrenze zurückdrängte. Schauplatz waren zuletzt vor allem Kroatien und Griechenland. Frontex steht nicht nur im Verdacht, solche Pushbacks zugelassen zu haben, sondern selbst daran beteiligt gewesen zu sein. Die EU-Behörde für Betrugsbekämpfung OLAF hat nun anfangs Jahr eine Ermittlung gegen Frontex eingeleitet.

Türkei und Libyen - die Türsteher Europas

Eine ganz besondere Rolle kommt auch der Türkei zu. Bereits fünf Jahre ist es her, seitdem die EU und die Türkei ein Abkommen über die Rücknahme von Geflüchteten geschlossen haben. Ziel dieses Abkommens ist es, die Anzahl der Flüchtenden, die über die östliche Mittelmeerroute über Griechenland in den Dublin-Raum kamen, zu reduzieren. Das Abkommen lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Türkei verstärkte ihren Grenzschutz und verhindert so, dass Flüchtende mithilfe von Schleppern auf die griechischen Inseln gelangen

können. Zudem werden jene Personen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, wieder in die Türkei zurückgeschoben. Weiter sollte für jede in die Türkei abgeschobene Person aus Syrien ein anderer syrischer Flüchtling aus der Türkei neu in einem EU-Mitgliedsstaat angesiedelt werden. Darüber hinaus zahlte Europa der Türkei rund sechs Milliarden Euro und stellte der türkischen Regierung erleichterte Visabedingungen und

zeitig geöffnet wurden. Die Situation eskalierte in der Folge und Griechenland nahm für einen Monat keine neuen Asylanträge mehr entgegen. Die griechischen Behörden setzten Wasserwerfer und Tränengas ein, um die Migrant:innen am Grenzübertritt zu hindern. Zudem häuften sich auf dem Mittelmeer Berichte über illegale Zurückweisungen. Nichtsdestotrotz hält die EU weiter am Abkommen fest. Die Türkei und

«Rücknahmequote Erhöhen»

Seit 2020 darf die EU ihre Visapolitik als «Druckmittel» einsetzen, um die Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Rückführung und Rückübernahme von Geflüchteten zu „verbessern“ - als Teil der Bemühungen, Abschiebungen zu erhöhen. Nicht-EU-Staaten kann mit Visabeschränkungen für ihre Staatsangehörigen gedroht werden, wenn sie sich als nicht ausreichend kooperativ im Rückübernahmeprozess erweisen. Ein kürzlich veröffentlichtes Dokument der Europäischen Kommission, legt den wahrgenommenen Grad der Kooperation dieser Nicht-EU-Staaten dar. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit bei der Wiedereingliederung gestärkt werden, um die Nachhaltigkeit der Rückkehr zu gewährleisten». Wie solche Projekte aussehen können finden sie unter dem Abschnitt «Die Rolle der Schweiz» auf Seite 3.

EU-Beitrittsverhandlungen in Aussicht.

Seit dem Abschluss des Türkei-Deals ist der Fluchtweg über die Ägäis weitgehend verschlossen. Die Migrationszahlen sind markant gesunken. Griechenland behandelt die Türkei als «Sicheren Drittstaat», denn so können Flüchtende, die über die Türkei nach Griechenland gelangen, wieder zurückgeschoben werden, ohne ihre Fluchtgründe inhaltlich vertieft zu prüfen. Dies obschon die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 in der Türkei für die meisten Schutzsuchenden gar nicht gilt. Die Türkei hat sich nur verpflichtet, die Genfer Flüchtlingskonvention auf europäische Flüchtlinge anzuwenden. Trotz anderslautender Zusicherungen seitens der türkischen Regierung gibt es dokumentierte Fälle von gewaltsamen Pushbacks an der syrischen Grenze oder von Abschiebungen von Afghanen, denen es verwehrt wurde, in der Türkei ein Asylverfahren zu durchlaufen.

Der Wendepunkt kam im März 2020, als der türkische Präsident Erdogan ankündigte, keine Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa mehr aufzuhalten und die Grenze zum griechischen Festland kurz-

die EU verhandelten im Juni dieses Jahres über ein neues Flüchtlingsabkommen, denn beide Parteien sind sich grundsätzlich einig, dass der Deal erneuert werden soll.

Deals mit den Anliegerstaaten Europas gab es auch bereits vor diesem Abkommen. Der EU-Türkei-Deal und seine Umsetzung wurden indes als grosser Erfolg der europäischen Migrationspolitik gefeiert und galten als Vorbild für anschließende Verhandlungen der EU mit weiteren Drittstaaten. Es war absehbar, dass im Zuge dieses Abkommens inskünftig die Fluchtrouten über Afrika und die anderen Mittelmeerrouten an Bedeutung gewinnen werden. Spanien hat bereits Abkommen mit Marokko, Algerien und Mauretanien geschlossen, um eine rasche Rückführung von «illegalen» Migrant:innen zu ermöglichen. Im Februar 2017 wurde ein Abkommen zwischen Italien und dem Regime in Tripolis abgeschlossen. Der Deal sieht vor, dass die libyschen Behörden Fluchtboote, die von ihrer Küste aus Richtung Europa starten, abfängt und die Migrant:innen wieder zurück nach Libyen bringen. Im Gegenzug trainiert die EU die sog. libysche Küstenwache und rüstet sie mit Schiffen,



Waffen und weiterem Equipment aus.

Das Bürgerkriegsland Libyen gilt nicht als «Sicherer Drittstaat», weshalb die EU es den Schiffen von Frontex verbietet, gerettete Migrant:innen nach Libyen zu bringen. Zugleich hilft sie aber bei der Finanzierung und Ausbildung der libyschen Küstenwache, die genau diese Aufgabe erledigt. Frontex unterstützt die libyschen Behörden auch, indem sie Fluchtboote durch Luftüberwachung aufspüren und deren Koordinaten weiterleiten. Die Migrant:innen sind in Libyen systematischer Gewalt und Misshandlungen ausgesetzt. Die libysche Küstenwache arbeitet oftmals mit Milizen und Menschenhändlern zusammen. Die Schutzsuchenden, die zurückgebracht werden, landen oftmals in Gefängnissen, in welchen ihnen Folter und Tod drohen oder in einem Lager, in welchem sie erpresst, vergewaltigt und zu Zwangsarbeit genötigt werden. Trotz der fortwährenden gravierenden Verletzung der Menschenrechte wurde das Abkommen im letzten Jahr automatisch um drei Jahre verlängert.

Auslagerung der Verantwortung

Europas Abwehr der Flüchtlinge beginnt somit nicht erst vor den europäischen Grenzen, sondern bereits in den Transit- und Herkunftsländern. Es ist ein elementarer Teil der EU-Strategie, den Schutz ihrer Aussengrenzen nach und nach vorzuverlegen. Mittels der Vereinbarungen mit der Türkei und Libyen schiebt Europa die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz an die Transitländer ab und entzieht sich damit seiner menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Schutzsuchenden. Autoritäre Regimes übernehmen die Rolle von Türstehern bei der europäischen Flüchtlingsabwehr. Durch das Setzen von positiven und negativen Anreizen will die EU Drittstaaten zur Kooperation bewegen. Staaten bis weit nach Afrika hinein, die die Flüchtenden nicht einfach weiterziehen lassen oder diese zurücknehmen, sollen belohnt werden, indem Hilfgelder zur Verfügung gestellt, Wirtschaftshilfen angeboten oder in diplomatischen Angelegenheiten Entgegenkommen signalisiert werden. Die EU verhandelt dabei mit Regimen, die weder die Menschenrechte ihrer eigenen Bevölkerung noch die der Flüchtenden respektiert.

Eine gefährliche Dynamik

In der europäischen Abschottungspolitik werden die Schutzsuchenden in die Rolle der «Bedrohung» gedrängt, vor deren Eindringen sich Europa durch die Sicherung

der Grenzen zu schützen hat. Dass die Flüchtenden als «Risiko» bzw. «Bedrohung» wahrgenommen werden, zeigte sich nicht zuletzt auch in der beispielsweise Behinderung und Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung. Die Flüchtenden, die alles zurückgelassen haben und sich bereits in einer besonders vulnerablen Situation befinden, erleben beim Versuch die europäischen Aussengrenzen zu überwinden, schlimmste Menschenrechtsverletzungen, werden misshandelt und oftmals brutal zurückgewiesen.

In den letzten Jahren hat die kontinuierliche Abschottung und die daraus resultierende Verlagerung der Routen im östlichen Mittelmeer die Menschen von der griechisch-türkischen zur bulgarisch-türkischen Grenze und als diese Landwege zugemacht wurden, auf die beschwerliche und lebensgefährliche Seeroute getrieben. Um die Seegrenze zu überwinden, sind viele auf das Schlepperwesen angewiesen. Mit den Versuchen, die «bedrohliche» Migration zu minimieren, nehmen die Risiken für die Migrant:innen zu. Es ist ein System, das die Schutzsuchenden pönalisiert und sie in die Hände skrupelloser Menschenhändler treibt. Migrant:innen werden immer mehr in den Untergrund getrieben und neue Risiken werden nach unten gereicht.

Insgesamt hat Europas Abschottungspolitik die besorgniserregende Dynamik befördert, dass die Überwachungs- und Sicherungsmassnahmen kontinuierlich verstärkt werden, ohne dass ein Ende in Sicht wäre. Solange mehr und mehr Kontrolle, Überwachung und Hindernisse verzweifelte Migrant:innen zu immer riskanteren Einreisemethoden treiben, solange wird es Vorstösse für neue Massnahmen und Kontrollmechanismen geben. Dadurch schafft die europäische Migrationspolitik einen Teufelskreis; denn das Scheitern der Abschottung bringt einen Markt für noch mehr Kontrollen hervor. Doch wenn Migration überlebensnotwendig ist, wird sich an ihr nichts ändern, solange es keinen unterschiedenen politischen Willen zur Lösung der Konflikte dieser Welt gibt. Denn keine staatliche Strafmassnahme wird arme Menschen daran hindern, für ihre Familien ein besseres Leben zu suchen.

(ls)

QUELLEN

- https://www.deutschlandfunk.de/eu-tuerkei-abkommen-milliarden-statt-migranten.2897.de.html?dram:article_id=493788
- <https://www.fluechtlingshilfe.ch/themen/migrationspolitik/europaeische-migrationspolitik>
- <https://www.nds-fluerat.org/politisches/abschottungspolitik/>
- <https://www.proasyl.de/news/der-menschenverachtende-deal-der-eu-mit-libyen/>
- https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2016/06/PA_Broschuere_EU-Tuerkei_Mai16_webEND.pdf
- Ruben Andersson, Warum Europas Konzept der Grenzsicherung gescheitert ist: <https://library.fes.de/pdf-files/iez/12582.pdf>
- <https://www.srf.ch/news/international/abkommen-mit-marokko-spanien-kann-neu-direkt-zurueckschaffen>
- <https://www.sueddeutsche.de/politik/grenzen-eu-abschottung-1.4794891>
- <https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/frontex-rueckfuehrungen-libyen-101.html>
- <https://verfassungsblog.de/dublin-ist-gescheitert-thesen-zum-umbau-des-europaeischen-asylsystems/>

Neue Herausforderungen für die Freiplatzaktion Basel

Traditionellerweise wird die Freiplatzaktion Basel als Beratungsstelle für «(tamilische) Flüchtlinge» wahrgenommen. Dieses Bild entspricht indes schon länger nicht mehr der Realität. Ein Update!

Seit einiger Zeit macht sich bei der Freiplatzaktion Basel bemerkbar, was sich schon seit längerem angekündigt hat: Unser «traditionelles» Arbeitsgebiet verschiebt sich. Vertraten wir noch vor vier Jahren jährlich beinahe 200 Personen während ihres erstinstanzlichen Asylverfahrens und verfassten vor zwei Jahren noch über 150 Beschwerden gegen ablehnende Asylentscheide, so haben wir aktuell noch knapp 20 Vertretungsmandate im erstinstanzlichen Asylverfahren und bis Halbjahresfrist verfassten wir um die 35 Beschwerden gegen ablehnende Asylentscheide. Wenngleich wir keineswegs «arbeitslos» sind, so hat sich unsere Arbeit im Asylbereich dennoch massiv verändert. Woran liegt das?

Nun einerseits an den Veränderungen durch die Neustrukturierung Asylbereich, welche die staatliche Rechtsvertretung aller Asylsuchenden mit sich brachte. Dann wiederum an der Situation in Sri Lanka, die zwar bei Weitem nicht als beruhigt, aber im Überschlag als weniger explosiv als noch vor zehn Jahren zu bezeichnen ist. Insgesamt lastet weniger Fluchtdruck auf

der tamilischen Bevölkerung Sri Lankas. Und andererseits bemerken auch wir hier in der Schweiz die in dieser Flora-Ausgabe geschilderten Veränderungen auf europäischer Ebene. Grosso modo bedeutet dies, dass wir uns im Asylbereich weniger mit Personen konfrontiert sehen, die erstmalig in die Schweiz geflüchtet sind, sondern vermehrt mit Personen, die ev. zum wiederholten Male ein Asylgesuch stellen möchten und als abgewiesene Asylsuchende in der Schweiz leben. In diesem Sinne fungieren wir öfters auch als eine Beratungsstelle für «nicht-klassische» Sans-Papiers.

Darüber hinaus stehen wir vor der Herausforderung, wie wir den Auswirkungen der Neustrukturierung Asylbereich begegnen können. Hierbei zählt sich nun aus, dass wir frühzeitig mit anderen Organisationen zusammengesessen sind, die eine ähnliche Situation zu bewältigen haben: derzeit laufen Bestrebungen für einen überregionalen Zusammenschluss im Asylbereich im Rahmen des (ambitionierten) Projekts «Verein Piket Asyl». Davon werden Sie in naher Zukunft sicherlich noch mehr hören.

In der Summe bedeutet dies alles, dass die Freiplatzaktion Basel derzeit und künftig vermehrt Beratungen und Begleitungen für Migrant:innen anbietet, bei welchen ausländer-, arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Aspekte im Vordergrund stehen. Auch wenn diese Themenfelder für uns natürlich nicht neu sind, bedingt die schiere Häufigkeit dennoch ein Umdenken in Bezug auf unsere Arbeitsweise. Wir haben also ein schönes Stück Arbeit vor uns!

(cas)



Nach über 35 Jahren haben wir nebst neuer website auch ein neues Logo. So sieht es aus.

Impressum

Redaktion, Layout & Lektorat

Cora Dubach (cd), Moreno Casasola (cas), Kathrin Fluri (kf), Linda Spähni (ls) und Moritz Bachmann (mb).

Spendenkonto

Basellandschaftliche
Kantonalbank
4410 Liestal/H
PC 40-44-0
Clearing Nr. 769
IBAN CH68 0076 9016 3101 4382 9

Kontakt

Freiplatzaktion Basel
Elsässerstrasse 7
CH-4056 Basel
Tel. +41 61 691 11 33
infos@freiplatzaktion-basel.ch
www.freiplatzaktion-basel.ch